



ung der Frauen in der
Meier (stehend). Foto Keystone

nd übrigens darf auch nicht
werden, dass wir bei einem
Eurokurs von Importen
urozone profitieren und der
anet der Grenze noch günsti-
Die Medaille hat bekanntlich
ei Seiten!

Karl Waldner, Arisdorf

nacht sich fürs biet stark?

ahlen 2015 (8. Februar);
se

st Zahntag – so lautet eine
rheit. Die letzte Legisla-
e im Baselbieter Landrat war
Fusionsfrage stark geprägt.
ge Partei im Baselbiet hat
ment für ein selbstständiges
eingesetzt: die SVP. Die an-
teien, insbesondere grosse
CVP, BDP/GLP und die Lin-
en eine Fusion mit Basel-
damit die Abschaffung des
. Die Stimmenden haben der
t gegeben und mit über
t (zusammen mit sämtlichen
n) eine Fusion mit Basel-
r als deutlich bachab ge-
un wirbt gar eine Mitte-
den Plakaten dreist mit dem
ir machen uns fürs Baselbiet
bei wollte just auch diese
a noch vor wenigen Wochen
r fürs Baselbiet einsetzen, als
e Existenz unseres Kantons
Wählenden sind gut beraten,
den scheinheiligen Schal-
ngen dieser Kampagne nicht
ken zu lassen. Die SVP ver-
Vertrauen der Wählenden,
e Wahlversprechungen auch
ie SVP-Liste 3 für den Land-
nser Regierungsrat Thomas
d Garanten dafür, dass unser
Erfolg hat.

Patrick Schäfli, Liestal, Landrat SVP

ere nnen und Leser

veröffentlichte Briefe wird
spondenz geführt. Die Briefe
auf BaZ-Artikel beziehen. Die
behält sich vor, Texte zu kür-
enden Sie die Briefe mit voll-
Namen, Adresse und Telefon-
r Rückfragen). Vielen Dank.

ag.baz.ch/leserbrief

-Mail: leserbrief@baz.ch

se: Basler Zeitung,
e, Postfach 2250, 4002 Basel

Einspruch

Es braucht soziale Prämien

Von Silvia Schenker

Die Krankenkassenprämien fressen bei kleinen und mittleren Einkommen – insbesondere bei Familien mit Kindern – einen grossen Teil des Budgets auf. Die einkommensunabhängigen «Kopfprämien» sind ungerecht und die zur Linderung eingeführten staatlichen «Prämienverbilligungen» hängen hinter der realen Prämienentwicklung weit zurück. Vor diesem Hintergrund forderten Anfang Jahr die Gewerkschaften Massnahmen, damit in Zukunft kein Haushalt mehr als zehn Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden muss.

BaZ-Autor Pierre Heumann reagiert nun mit dem Argument, die Linke wolle mit ihren «Wohltatsabsichten» die wahren Gesundheitskosten vertuschen. Die Prämienverbilligungen für die untersten Einkommen führten bei den Bürgern zu «mangelndem Kostenbewusstsein» beim Arztbesuch und an der Urne, wenn es um gesundheitspolitische Vorlagen geht. Der promovierte Ökonom Heumann regt deshalb die vollständige Abschaffung der Prämienverbilligung an, denn «nur wenn die Bürger die Kosten, die anfallen, selber tragen müssen, haben sie einen Anreiz, in der Gesundheitspolitik effizient mitzuzentscheiden».

Die, gelinde gesagt, abenteuerliche These «Prämienverbilligungen führen zu politischen Fehlentscheiden» verkürzt die realen Probleme eines grossen Teils der schweizerischen Bevölkerung auf ein abstraktes, sozusagen erzieherisches Problem: Das gemeine Volk soll kräftig unter der Prämienlast ächzen, damit es endlich bereit ist, die Gesundheitsversorgung auf griechisches Niveau herunterzusparsen. Die Reichen können ja immer in Privatkliniken ausweichen. So begeben wir uns auf direktem Weg zur Zweiklassenmedizin.

Zwangskonsum

Tatsache ist: Bei der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen handelt es sich zum grössten Teil um «Zwangskonsum». Wenn ich Diabetes habe, kann ich nicht darauf verzichten, sie zu behandeln. Die Wirkung meines «Kostenbewusstseins» ist also sehr beschränkt.

Für Familien und weit in den Mittelstand hinein bedeuten die Krankenkassenprämien eine hohe Belastung.

Gerade für Familien und weit in den Mittelstand hinein verursachen die Krankenkassenprämien heute die wirtschaftlich grössere Belastung als die Einkommenssteuern. Dass ein Drittel der Bevölkerung Prämienverbilligungen benötigt, ist Ausdruck der hohen Gesundheitskosten und hilft mit, die Last der Krankenkassenprämien abzumildern, welche die unteren und mittleren Einkommen unverhältnismässig mehr belasten.

Die soziale Ungleichheit nimmt in der Schweiz langsam ein gefährliches Ausmass an. Es ist zwingend, dass der Mittelstand nicht zum Verlierer der ungleichen Entwicklungen wird. Die Steuer- und Abgabepolitik muss für diesen Ausgleich sorgen. Wenn noch mehr Menschen von Prämienverbilligungen profitieren könnten, würde das mithelfen, die Schweiz zu stabilisieren und genau denjenigen zu helfen, die jetzt zwischen Stuhl und Bank fallen: Die grosse Gruppe von Personen, deren Einkommen gerade knapp über dem Anspruch auf Prämienverbilligungen liegen.

Wir alle haben ein Interesse daran, sozial- und gesundheitspolitisch Mass zu halten. Die Prämienverbilligung ist dabei ein zentrales Element, das gestärkt werden soll, damit sie mit der Prämienexplosion einigermaßen Schritt halten kann.

Silvia Schenker aus Basel sitzt für die SP Basel-Stadt im Nationalrat.